

## **Rechenschaftsbericht 2014/15 der SPD-Fraktion im Bezirkstag von Oberbayern**

### **Sozialpreis:**

Die SPD-Fraktion hat am 20.11.2015 zum dritten Mal ihren Sozialpreis vergeben. Damit zeichnen wir Bürgerinnen und Bürger aus, die mit besonderem ehrenamtlichen Engagement anderen Menschen Hilfe und Unterstützung zuteil werden lassen. Der Preis wurde in diesem Jahr an Frau Christine Kuisel vergeben, die Gründerin des Selbsthilfevereins Rolliwelten e.V. in Schongau.

### **Pflegeveranstaltung der Bezirkstagsfraktion und der SPD Oberbayern:**

Die Veranstaltung am 29.10.2015 analysierte Probleme der stationären Altenpflege. Pflegebedingungen für Patientinnen und Patienten wurden ebenso diskutiert wie Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals, Stellenschlüssel, Fachkraftquote, die Ausbildung in der Altenpflege, Dokumentationspflichten und die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung.

### **Bundesteilhabegesetz:**

Zum geplanten Bundesteilhabegesetz haben wir mit den anderen Fraktionen im Bezirkstag von Oberbayern und im Bayerischen Bezirkstag einen 15 Punkte-Katalog verabschiedet und an die MdL sowie MdBs verschickt. Er soll deutlich machen, dass die bayerischen Bezirke als Träger der Eingliederungshilfe durch ein Teilhabegesetz betroffen sein werden und daher konkrete Forderungen haben, u. a. die Einführung eines Bundesteilhabegelds. Unser Katalog wurde positiv aufgenommen und wir hoffen, dass unsere Anregungen entsprechend einfließen werden.

### **Mobilitätshilfe:**

Die Mobilitätshilfe für Menschen mit Schwerbehinderung in Oberbayern wurde überprüft. Mit Unterstützung der SPD hat man nach acht Jahren die Geldpauschalen ab dem 01.01.2016 um 10 % erhöht.

### **Psychiatrischer Krisendienst:**

Der Psychiatrische Krisendienst Oberbayern wird schrittweise flächendeckend ausgebaut. Die Menschen in Oberbayern, die seelisch behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, erhalten dadurch frühzeitig telefonisch oder persönlich (wohnnah) Hilfe und Unterstützung. Auch die Einbindung von Kindern und Jugendlichen mit psychosozialen / psychiatrischen Krisen und älteren Menschen mit geronto-psychiatrischen Krisen ist geplant.

### **Psychiatrische Beschwerdestellen:**

Nach einem dreijährigen Modellprojekt setzt nun der Bezirk in jeder Versorgungsregion Unabhängige psychiatrische Beschwerdestellen (UpB) ein. Derzeit sind sieben von zehn UpB eingerichtet, weitere in Vorbereitung. In diesen Beschwerdestellen wird niedrigschwellige Beratung und Besprechung von Konflikten bei Menschen mit einer psychischen Störung, Erkrankung bzw. Behinderung und/oder deren Angehörigen mit den Leistungserbringern der psychischen Versorgung angeboten.

### **Psychiatrie und Suchthilfe:**

Die pauschal finanzierten Maßnahmen im Bereich der Psychiatrie und Suchthilfe wurden weiterentwickelt bzw. ergänzt. Zukünftig sind bei Förderanträgen nicht nur wie bisher quantitative Kriterien ausschlaggebend; diese werden ergänzt durch qualitativ-fachliche Kriterien. Diese Neuausrichtung ermöglicht eine regionale fachliche Nachsteuerung von Projekten und Diensten und kommt insbesondere dem Ballungsraum München mit weiteren Zuverdienst-arbeitsplätzen für psychisch Kranke zugute.

### **Geschlossen geführte Einrichtungen:**

In diesem Bereich wurden erstmals Qualitätsstandards erarbeitet und hierdurch der Schwerpunkt von einer meist reinen Unterbringung in Richtung eines therapeutischen Ansatzes geändert. Hierbei sind die Parameter wie Personalausstattung und fachliche Qualifikation der Beschäftigten ebenso zu berücksichtigen, wie die räumliche Ausstattung der Einrichtungen. Diese Standards haben großen Anklang und Aufmerksamkeit in der Fachwelt erhalten. Dies zeigen die häufigen Nachfragen aus anderen Bezirken sowie aus anderen Bundesländern.

### **Migration:**

Unsere Fraktion hat im Nov. 2014 folgenden Antrag eingereicht, der im Dez. 2014 nach kontroverser Diskussion im Plenum mit großer Mehrheit beschlossen wurde:

### **Für eine menschenwürdige und nachhaltige Flüchtlingspolitik**

*Mit großer Sorge verfolgen wir die aktuelle Situation der Flüchtlinge in Oberbayern. Wir sehen uns hier in besonderer Verantwortung: einmal durch die Zuständigkeit des Bezirks Oberbayern, der finanzielle Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge leistet; zweitens durch unsere Zuständigkeit für die psychiatrische Versorgung der oberbayerischen Bevölkerung; drittens aufgrund der zu erwartenden, mittelfristigen Auswirkungen auf den Bereich der Wohnungslosenhilfe.*

*Hinzu kommt die zunehmende Zahl von unbegleiteten Jugendlichen, die psychologischer Betreuung oder Behandlung bedürfen. Auch der deutliche Anstieg von Suizidversuchen in bayerischen Flüchtlingsunterkünften macht uns betroffen (laut Sozialministerium in einem Jahr auf mehr als das Doppelte; siehe Berichte in der SZ vom 19.11.14: „Traumatisiert von Krieg und Gewalt“ und „Mehr Hilfe für Traumatisierte“).*

*Angesichts dieser Fakten ist es unbedingt erforderlich, neue Behandlungsansätze und Maßnahmen zu erarbeiten – für einen humanen, angemessenen Umgang mit Menschen, die aus Krisen- bzw. Kriegsgebieten kommen und oft durch schreckliche Erlebnisse traumatisiert sind.*

*Der Bezirkstag von Oberbayern möge daher beschließen:*

*1. Die Gremien des Bezirks werden sich entsprechend ihren Zuständigkeiten, insbesondere im Bereich der Gesundheits- und Sozialplanung, in nächster Zeit eingehend mit dem Thema Flüchtlinge befassen und mit den zuständigen Stellen in der Bezirksverwaltung und des Kliniken des Bezirks Oberbayern Kommunalunternehmens entsprechende Behandlungs- und Betreuungskonzepte erarbeiten. Hierbei sollen besonders folgende Aspekte berücksichtigt werden:*

*1.a. Da für die politische Situation in Syrien und im Irak noch lange keine Entspannung in Sicht ist, brauchen wir mittel- und langfristige Strukturen für eine entsprechend fachlich spezialisierte Betreuung, und zwar gerade auch in ländlichen Regionen.*

*1.b. Wir brauchen angemessene Einrichtungen für besonders betreuungsbedürftige Personen, also z. B. für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, kranke und behinderte Flüchtlinge. Eine besondere Herausforderung stellen die oft schwer traumatisierten, unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge dar, von denen immer mehr in die Kinder- und Jugendpsychiatrie eingewiesen werden. Aufgrund der besonderen Situation dieser Kinder und Jugendlichen müssen für sie spezielle Behandlungsmöglichkeiten erarbeitet werden.*

*1.c. Wir brauchen eine umfassendere Betreuung der Flüchtlinge durch Fachärzte, Erwachsenen-, Kinder- und Jugendpsychiater, Psychologen und Sozialarbeiter – wenn möglich an sieben Tagen in der Woche. Der Bezirk setzt sich deshalb für einen besseren Betreuungsschlüssel für Asyl- und Sozialberater und höhere Erstattungen an die im Flüchtlingsbereich tätigen Wohlfahrtsverbände ein.*

*1.d. Das medizinische Personal muss aufgestockt und im interkulturellen Bereich entsprechend geschult werden, damit die gesetzlich vorgeschriebenen, medizinischen Erstuntersuchungen schneller durchgeführt und schwere posttraumatische Belastungsstörungen oder Suizidalität rechtzeitig erkannt werden.*

- 1.e. Um diesen Aufgaben gerecht werden zu können, werden sowohl in den Flüchtlings-einrichtungen wie auch im Bereich der psychiatrischen Versorgung dringend mehr Dolmetscher benötigt.*
- 1.f. Flüchtlings-Einrichtungen brauchen klar benannte und erreichbare Ansprechpartner, an die sie sich bei Behandlungs- oder Betreuungsfällen wenden können. Zuständigkeiten müssen offen kommuniziert werden. Dem zuständigen Personal sind interkulturelle Schulungen anzubieten.*
- 2. Weiteren Handlungsbedarf sehen wir bei der Finanzierung. Für uns steht fest: Die Kommunen müssen finanziell entlastet werden. Der Bund muss sich stärker an den Kosten beteiligen, der Freistaat die Zahlungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge übernehmen. Wir unterstützen die entsprechenden Forderungen des Bayerischen Bezirkstags.*
- 3. Dieser Antrag wird auch an den Bayerischen Bezirkstag weitergeleitet, da es sich hierbei nicht nur um eine oberbayerische Problematik handelt und es sinnvoll ist, über einzelne Bezirke hinausgehende, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Weitere Adressaten sind: das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration; die Regierung von Oberbayern; die Landtags-Abgeordneten aus Oberbayern.*

Dieser Antrag hat schon damals auf anstehende Probleme hingewiesen, die sich aufgrund der aktuellen Zuspitzung noch deutlich erhöht haben. Auf Druck unserer Fraktion werden im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie kurz- und mittelfristig zusätzliche Kapazitäten geschaffen, ohne die Regelversorgung zu gefährden

#### **Psychiatrie:**

Wir unterstützen eine konsequente Dezentralisierung, was zu vielfältigen Planungs- und Baumaßnahmen in diesem Bereich führt. Derzeit sind dies Neubauten im Isar-Amper-Klinikum in Haar, in Fürstenfeldbruck, in Landsberg sowie Garmisch. Auch ein Neubau für das Kinderzentrum München ist in Planung. Derzeit sind intensive Abstimmungsgespräche mit der LHM im Gange, um eine mögliche Nutzung städtischer Klinikgebäude für weitere Regionalkliniken im Raum München zu klären. Dies betrifft Erwachsenen-, Kinder- und Jugendpsychiatrie. Auch legen wir Wert auf den Ausbau der ambulanten und teilstationären Versorgung.

Bezüglich der neuen Entgelte für psychiatrische Leistungen in Krankenhäusern, ähnlich geplant wie die DRGs in den somatischen Krankenhäusern, konnten wir durch gemeinsame Anstrengungen über unsere MdBs sowie über die Gewerkschaften und die Leitung unseres Klinik-Unternehmens sehr positive Änderungen erreichen.

#### **Kulturbereich:**

Das langjährig von unserer Fraktion verfolgte Projekt eines Museums für Arbeiter- und Industriekultur in Oberbayern könnte sich nun möglicherweise verwirklichen lassen. Ein geeigneter Standort scheint auf dem Gelände der ehemaligen Papierfabrik in Dachau gefunden. Die Gespräche zwischen dem Landkreis Dachau, der Stadt Dachau und dem Bezirk verlaufen bisher positiv, so dass eine Umsetzung des Projektes dort möglich erscheint.

Nach einer zweijährigen Erprobungsphase wird die Stelle des POP-Beauftragten nun dauerhaft installiert. Positive Rückmeldungen aus der Musikszene zeigen, dass die auf unseren Antrag hin geschaffene Funktion wichtige Arbeit leistet, weshalb sie nun unbefristet weitergeführt wird.

Die oberbayerischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPD:

**Michael Asam, Hiltrud Broschei, Martin Eberl, Christina Hörl, Irmgard Hofmann, Helga Hügenell, Elisabeth Jordan, Mike Malm, Jan Murken, Günter Rödiger, Richard Salvermoser, Katja Weitzel, Gerhard Wimmer**